VORWORT

Die vorliegenden rechtsvergleichenden[1] Seminararbeiten von Studierenden eines strafrechtlichen Tandemseminars zwischen einer deutschen und einer ukrainischen Universität[2] im Sommersemester 2026, die zu einer Zeit entstanden sind, in der die Ukraine weiterhin täglichen Kriegsangriffen ausgesetzt ist, geben Anlass, sich den besonderen Wert universitärer Lehre vor Augen zu führen, die selbst unter diesen Bedingungen fortgesetzt werden kann. Zugleich ermöglichen sie es den Studierenden, ihr eigenes Rechtssystem durch die Perspektive der Anforderungen der PIF-Richtlinie zu betrachten. Die unter diesen Umständen verfassten Beiträge aller Teilnehmenden gewähren aufschlussreiche Einblicke in die ukrainische Gesetzgebung zum PIF-*Acquis*, deren Angleichung im Rahmen der Cluster des EU-Beitrittsprozesses fortlaufend bewertet wird.[3] Der Band richtet sich daher sowohl an allgemein hieran interessierte Leserinnen und Leser und Forschende als auch an die mit dieser drängenden Frage befassten Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Europäischen Union, die Generaldirektion Justiz und Verbraucher, das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union[4]: Gewährleistet das ukrainische PIF-Strafrecht bereits den harmonisierten Mindeststandard (*de minimis*), der innerhalb der Europäischen Union erforderlich ist, deren strafrechtlicher Schutz der finanziellen Interessen seit dem 1. Juni 2021 durch die Europäische Staatsanwaltschaft institutionell verstärkt wird?[5]

Die Beiträge dieses Bandes zeigen, dass das ukrainische Strafrecht bereits über ein breites und ausdifferenziertes

---

1 Das Potenzial und Bedürfnis rechtsvergleichende Tandemforschung zu betreiben, zeigt sich daran, dass trotz der RL 2017/1371/EU, die EU Kommission nach wie vor von einer uneinheitlichen harmonisierten Materie ausgeht (so wurde Schweden im Dezember 2025 zu Letzt angehalten einen Brief der Kommission zu beantworten EU Kommission, November infringements package: key decisions, 21.11.2025, Commission calls on SWEDEN to comply with the rules on the fight against fraud to the Union's financial interests by means of criminal law, https://malta.representation.ec.europa.eu/news/november-infringements-package-key-decisions-2025-11-21_en); auch die PIF-Straftatbestände in allen Mitgliedsländern sind teils weiter partiell angleichungsbedürftig, wenn es um funktionale Erfassung der PIF-Verhaltensweisen geht; vgl. Ergänzend, einschließlich einer materiell-rechtlichen, mitgliedstaatenbezogenen Übersicht in Form annotierter Länderberichte zum Zwecke des Rechtsvergleichs, *Hauck/Schneider* (Hrsg.), The EPPO/OLAF Compendium of National Procedures. Desktop Codes on the Procedural Law of the Member States with Annotations by National Experts, 27 Bde., Berlin 2024–2026. Übersichten zur mitgliedstaatlichen Regelung der „PIF offences" finden sich in Vol. I (AT), Art. 26 Rn. 55; Vol. II (BE), Art. 26 Rn. 29 ff.; Vol. III (BG), Art. 26 Rn. 39 ff.; Vol. IV (HR), Art. 26 Rn. 74 ff.; Vol. V (CY), S. 71; *Hauck/Schneider/Jelínek/Ottová*, Vol. VI (CZ), Berlin 2026, Annex II Rn. 1–22; Vol. VII (DK), Teil D Rn. 35; Vol. VIII (EE), Art. 26 Rn. 32; Vol. IX (FI), Art. 26 Rn. 38; *Hauck/Schneider/Christodoulou*, Vol. X (FR), Berlin 2024, Art. 26 Rn. 46; *Hauck/Schneider/Karakocaoğlu/Laird*, Vol. XI (DE), Berlin 2025, Art. 26 Rn. 56; Vol. XII (EL), Art. 26 Rn. 52; Vol. XIII (HU), Teil C Rn. 25; Vol. XIV (IE), Teil E Rn. 166–194; Vol. XV (IT), Art. 26 Rn. 24; Vol. XVII (LT), Art. 26 Rn. 30; Vol. XVIII (LU), im Erscheinen; Vol. XIX (MT), Art. 26 Rn. 21 ff.; Vol. XX (NL), Art. 26 Rn. 43; Vol. XXI (PL), Teil E Rn. 91; Vol. XXII (PT), Art. 26 Rn. 58; Vol. XXIII (RO), Art. 26 Rn. 37; Vol. XXIV (SK), Art. 26 Rn. 40; Vol. XXV (SI), Art. 26 Rn. 55; Vol. XXVII (SE), Art. 26 Rn. 71. Vgl. ergänzend die amtlichen Mitteilungen der Mitgliedstaaten nach Art. 117 EUStA-VO.

2 Kooperationspartner war die *Nationale Jurij-Fedkowytsch-Universität Tscherniwzi* (ChNU), die sie 1875 als Franz-Josephs-Universität im östlichsten Kronland Österreichs durch Franz Joseph von Habsburg-Lothringen Hauptstadt der Oblast Tscherniwzi, Westukraine ca. 200km von Lwiw gegründet wurde und mit Düsseldorf, Regensburg und Göttingen sowie Gießen kooperiert. Die Kooperation bezog sich inhaltlich auf in beiden Ländern im Grund- und Haupt- sowie Schwerpunktstudium gelehrtes Vermögens- und Finanzschutzstrafrecht (Strafrecht, Besonderer Teil II) in Kombination mit dem EU-Recht, dem sog. EU-Finanzschutzstrafrecht, fachlich dem PIF-Strafrecht zum Schutz der finanziellen Interessen der Union und verlief seit 1.3.26 nach Vorbereitung im Februar bis 26.6.2026 über ein mehrere Sitzungen und eine Recherche- und Schreibphase beinhaltendes Online-Tandemseminar der Strafrechtsprofessuren beider Universitäten, wodurch sich ukrainische und deutsche Studierende mit wissenschaftlichen Artikeln aus beiden Ländern binational zwecks Rechtsvergleichs ihrer Themen versorgten und gemeinsam in Englisch über die Themen kommunizierten. JLU und Department of Criminal Law der Yuriy Fedkovych Chernivtsi National University, Ukraine. Mehr Informationen zum Seminar https://law.chnu.edu.ua/german-ukrainian-student-online-seminar-cooperation-in-criminal-law/ und der Bericht der JLU https://www.uni-giessen.de/de/ueber-uns/pressestelle/pm/pm110-26seminarfuerukrainischestudierende. Es besteht zukünftig weiteres Interesse zur u.a. Erforschung von Themen wie häuslicher Gewalt und Gewaltschutzdelikte in beiden Ländern, wie Teilnehmende nach dem Seminar signalisierten.

3 Rat der Europäischen Union, European Union Common Position – Cluster 1: Fundamentals, AD 18/26 CONF-UA 2/26, Brüssel, 12.6.2026, S. 16.

4 Das Bedürfnis nach Erkenntnissen ist nun auch Gegenstand weiterer Forschung im Auftrag von OLAF unter Federführung von Spark Legal and Policy Consulting in Zusammenarbeit mit CSES (Centre for Strategy & Evaluation Services) durchgeführt; zu den wissenschaftlichen Experten für europäisches und ukrainisches Straf- und Strafprozessrecht gehören John *Vervaele*, Mykhaylo *Shepitko* und Volodymyr *Petrakovskyi*, vgl. https://www.sparklegalpolicy.eu/news/new-study-on-ukraines-compliance-with-the-pif-directive-and-olaf-regulation/.

5 Auch für die Ukraine selbst ist dies unter den Bedingungen des fortdauernden Krieges eine wichtige Frage; siehe Урядовий офіс координації європейської та євроатлантичної інтеграції (Regierungsbüro für die Koordinierung der europäischen und euro-atlantischen Integration), Звіт про виконання Угоди про асоціацію між Україною та Європейським Союзом за 2025 рік [Bericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union für das Jahr 2025], Kyjiw 2026.

Spektrum materiell-strafrechtlicher Vorschriften verfügt, die grundsätzlich geeignet sind, die finanziellen Interessen der Europäischen Union zu schützen. Zugleich verdeutlicht der Vergleich mit dem deutschen Strafrecht sowie mit der Richtlinie (EU) 2017/1371[6] in ihrer durch die Richtlinie (EU) 2026/1021 konsolidierten und fortentwickelten Fassung, dass eine lediglich formale Kriminalisierung nicht ausreicht.[7]

Die in diesem Band vorgenommene rechtsvergleichende Bewertung führt schließlich zu einem differenzierten Ergebnis. Dem ukrainischen Strafrecht fehlt es nicht etwa an Straftatbeständen gegen Betrug, Geldwäsche, Korruption, die missbräuchliche Verwendung öffentlicher Mittel, organisierte Kriminalität oder unternehmensbezogenes Fehlverhalten. Im Gegenteil enthält das ukrainische Strafgesetzbuch ein breites und zunehmend ausdifferenziertes Spektrum von Straftatbeständen, die den durch die Richtlinie (EU) 2017/1371 über den strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der Union geforderten Tatbeständen in vielerlei Hinsicht funktional entsprechen.[8]

Nicht spezifischer untersucht im Blockseminar, jedoch durchaus besprochen wurde die zumindest funktionale Ähnlichkeit, da jene nicht mit vollständiger PIF-Äquivalenz gleichzusetzen ist. Entscheidend ist nicht allein, ob ein vergleichbarer Straftatbestand existiert, sondern ob das nationale System insgesamt die kumulativen Anforderungen der Art. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 und 12 der PIF-Richtlinie erfüllt: eine hinreichend bestimmte Kriminalisierung, wirksame Sanktionen, die Erfassung von Versuch und Beteiligung, die Verantwortlichkeit juristischer Personen, erschwerende Umstände, Einziehung sowie Verjährungsfristen, die eine effektive Strafverfolgung ermöglichen.[9]

Die Beiträge zum allgemeinen Betrug nach Art. 190 des ukrainischen Strafgesetzbuchs (uStGB) und § 263 StGB zeigen eine weitgehende konzeptionelle Überschneidung. Beide Rechtsordnungen schützen das Vermögen vor täuschungsbedingter Selbstschädigung, bedienen sich hierfür jedoch unterschiedlicher dogmatischer Konstruktionen. Das deutsche Recht ist stark auf den Ablauf des Tatgeschehens ausgerichtet und verlangt die bekannte Kette von Täuschung, Irrtum, Vermögensverfügung und Vermögensschaden im objektiven Tatbestand. Das ukrainische Recht ist stärker erfolgsorientiert und stellt auf die Erlangung fremden Vermögens oder fremder Vermögensrechte

---

6 Vgl. zur Geschichte des Finanzschutz und Anti-Betrugsrechts Hauck, Fraud in Europe: From Roman Law to the Implementation of the PIF Directive. Edward Elgar, Cheltenham 2025; auch zum Steuerrecht Unger, Brigitte, Lucia Rossel, and Joras Ferwerda (eds), Introduction, in Brigitte Unger, Lucia Rossel, and Joras Ferwerda (eds), Combating Fiscal Fraud and Empowering Regulators: Bringing tax money back into the COFFERS (Oxford, 2021); zur Interpretation der durch die Ukraine umzusetzenden PIF-Richtlinie siehe Hauck, The PIF Directive. A Commentary on the Directive on the Fight against Fraud Affecting the EU's Financial Interests by Means of Criminal Law. Edward Elgar, Cheltenham 2026, wo zur PIF Rechtslage in Art. 1.085-1.561 eine dezidierte Bewertung der Mitgliedstaaten vergleichend abgedruckt ist; Die PIF Rechtslage ist Voraussetzung für die materiell-rechtlichen Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) und der verwaltungsrechtlichen Kontrolle des Europäischen Anti-betrugsbüros (OLAF), vgl. für die Interpretation ihrer Ermittlungsbefugnisse u.a. Hauck, The EPPO Regulation: A Commentary on the Rules on Investiga-tions and Investigation Measures in Relation to the Fight Against Fraud (Art. 26–33). Edward Elgar, Cheltenham 2026; sowie zum Recht der EUStA allgemein Herrnfeld, Hans-Holger/Brodowski, Dominik/Burchard, Christoph (Hrsg.), European Public Prosecutor's Office. Regulation (EU) 2017/1939 implementing enhanced cooperation on the establishment of the European Public Prosecutor's Office (the EPPO). Article-by-Article Commentary, 2. Aufl., Nomos, Baden-Baden 2026; sowie zur aktuellen Evaluation und den Vorschlägen der Wissenschaft Brodowski D, Trautmann S (eds) Strengthening the Future of the European Pub-lic Prosecutor's Office. Nomos, Baden-Baden.

7 Gebura, Oleh, Verfahren ohne Ende. Wie Tausende Korruptionsfälle in der Ukraine ergebnislos bleiben, Ukraine-Analysen Nr. 322 (2025), 7–11, DOI: 10.31205/UA.322.02.

8 Zu Hinweisen zur Methode und Bewertung strafrechtlicher Rechtsvergleichung siehe Eser, Albin, Strafrechtsvergleichung: Entwicklung – Ziele – Methoden, in: Eser, Albin/Perron, Walter (Hrsg.), Strukturvergleich strafrechtlicher Verantwortlichkeit und Sanktionierung in Europa. Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Strafrechtsvergleichung, Teil 4, Duncker & Humblot, Berlin 2015.

9 Busch, Markus, „Negotiation and Transposition of the PIF Directive – The German Perspective", eucrim – The European Criminal Law Associations' Forum 16 (2021), 182–187; Bock, Der Schutz der finanziellen Interessen der Union – Überlegungen zur Betrugsbekämpfungsrichtlinie 2017/1371, in: Ambos/Bock (Hrsg.), Aktuelle und grundsätzliche Fragen des Wirtschaftsstrafrechts / Les questions actuelles et essentielles du droit pénal des affaires. 6. Deutsch-Französische Strafrechtstagung / 6e rencontre du droit pénal franco-allemand, Duncker & Humblot 2019, S. 155 ff.

durch Täuschung oder Missbrauch von Vertrauen ab. Für Art. 3 der PIF-Richtlinie ist dies als allgemeiner Auffangtatbestand funktional ausreichend. Der Vergleich zeigt jedoch zugleich, dass der allgemeine Betrugstatbestand allein die Anforderungen der PIF-Konformität nicht vollständig erfüllen kann. Die finanziellen Interessen der EU werden häufig nicht durch gewöhnlichen privatrechtlichen Betrug beeinträchtigt, sondern durch Subventionsmissbrauch, Unregelmäßigkeiten bei der öffentlichen Auftragsvergabe, Umsatzsteuerbetrugssysteme, Betrug mit Finanzmitteln, Korruption, Geldwäsche und anschließende Verschleierung.

Besonders deutlich wird dies im Vergleich zwischen § 264 StGB und Art. 222 uStGB. Der deutsche Subventionsbetrug weist eine strukturelle Nähe zu Art. 3 der PIF-Richtlinie auf, weil er unrichtige Angaben, pflichtwidriges Unterlassen, die zweckwidrige Verwendung von Subventionen und aus EU-Mitteln finanzierte Vorteile erfasst. Der ukrainische Finanzbetrug nach Art. 222 uStGB erfasst wesentliche Verhaltensweisen, insbesondere die Vorlage falscher Angaben zur Erlangung von Subventionen, Zuschüssen, Krediten oder Steuervergünstigungen. Gleichwohl verbleiben Lücken. Der ukrainische Tatbestand erscheint hinsichtlich des Unterlassens, der nachträglichen zweckwidrigen Mittelverwendung, einer ausdrücklichen Bezugnahme auf EU-Mittel und der Sanktionen in schweren PIF-Fällen schwächer ausgeprägt. Dies gilt in noch stärkerem Maße für Art. 212 uStGB über die Hinterziehung von Steuern und Pflichtabgaben. Bei schwerwiegendem Umsatzsteuerbetrug zum Nachteil der Eigenmittel der EU besteht bei einer primär auf Geldstrafen beruhenden Vorschrift die Gefahr, hinter den Anforderungen des PIF-Acquis zurückzubleiben, insbesondere wenn keine hinreichend strengen Freiheitsstrafen, angemessenen Verjährungsfristen und eine klare Erfassung grenzüberschreitender Umsatzsteuersysteme vorgesehen sind.

Der Vergleich zur Geldwäsche ergibt demgegenüber ein günstigeres Bild. Art. 209 uStGB und § 261 StGB kriminalisieren beide den Umgang mit Vermögenswerten, die aus strafbaren Handlungen herrühren, und können grundsätzlich auch Erträge aus PIF-Vortaten erfassen. Das deutsche Recht ist technisch stärker ausdifferenziert, insbesondere durch den All-Crimes-Ansatz und besondere Regelungen für berufsmäßige Unterstützer sowie zur Selbstgeldwäsche. Das ukrainische Recht sieht demgegenüber strenge Sanktionen und obligatorische, auf Einziehung gerichtete Rechtsfolgen vor. Die zukünftige Forschung betrifft hier vermutlich weniger die materiell-rechtliche Kriminalisierung als vielmehr die praktische Durchsetzung: Vermögensaufspürung, Sicherstellung und Einfrieren, Einziehung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie das Zusammenspiel geldwäscherechtlicher Pflichten mit dem Strafverfahrensrecht.[10]

Ein weiterer Beitrag befasst sich mit kritischen Infrastrukturen als Ziel von Angriffen, die ebenso gravierende Schäden verursachen können wie physische Sabotageakte. Die strafrechtliche Reaktion auf diese Bedrohung ist jedoch nach wie vor nicht abschließend geklärt, insbesondere im Kontext bewaffneter Konflikte. Der Beitrag vergleicht, wie die Ukraine (Art. 361 uStGB) und Deutschland (§§ 303a, 303b StGB) Computersabotage gegen kritische Infrastrukturen strafrechtlich erfassen. Als Ausgangspunkte dienen der Cyberangriff auf Kyivstar im Jahr 2023 und die Sabotage des Schienennetzes der Deutschen Bahn im Jahr 2022. Untersucht werden die jeweiligen gesetzlichen Rahmenbedingungen und Tatbestandsvoraussetzungen, die praktische Rechtsdurchsetzung sowie die Reformen, die beide Staaten unter dem Einfluss unionsrechtlicher Vorgaben, insbesondere der NIS-2- und der CER-Richtlinie, vorantreiben. Der deutsche Ansatz ist dogmatisch stärker ausdifferenziert und in einen kohärenten

[10] Frömbgen, Silvia/Langweg, Peter/Rößler, Gernot/Höche, Thorsten, 30 Jahre Geldwäschegesetz – Rück- und Ausblick, GWuR 2023, 122–125; Litkevych, Volodymyr, Das ukrainische System zur Bekämpfung der Geldwäsche: Entwicklungsgeschichte und Besonderheiten, GWuR – Geldwäsche & Recht 2025, 131–148.

regulatorischen Rahmen eingebettet. Das ukrainische Recht zeichnet sich demgegenüber durch eine klare, enumerative Definition kritischer Infrastrukturen aus und enthält mit Art. 361-1 uStGB einen eigenständigen Vorbereitungstatbestand, für den das deutsche Recht keine unmittelbare Entsprechung kennt.
Auf Grundlage dieses Rechtsvergleichs entwickelt der Beitrag vier kurze Reformvorschläge für das ukrainische Recht, die sich an der deutschen Regelungspraxis orientieren. Zugleich werden zwei Aspekte herausgearbeitet, bei denen das deutsche Recht vom ukrainischen Ansatz profitieren könnte, insbesondere im Hinblick auf Cyberangriffe, die im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten begangen werden.

Die Beiträge zur Korruption stehen im Zentrum der gegenwärtigen Reformlandschaft. Die Art. 368, 368-3, 368-4, 369 und 369-2 uStGB zeigen, dass die Ukraine einen breiten strafrechtlichen Rahmen zur Bekämpfung der Korruption im öffentlichen wie im privaten Sektor geschaffen hat. In schweren Fällen sind die ukrainischen Sanktionen sogar strenger als diejenigen der §§ 331–335a StGB. Der Reformdruck hat sich jedoch erhöht, weil die Richtlinie (EU) 2026/1021 den PIF-Maßstab verändert hat. Passive und aktive Bestechung im öffentlichen Sektor werden nun neu definiert, hochrangige Amtsträger gewinnen an Bedeutung, und Verjährungsfristen sowie Sanktionen werden verschärft. Daraus ergeben sich für die Ukraine neue Fragen: ob sämtliche Formen pflichtgemäßer und pflichtwidriger Bestechlichkeit und Bestechung mit Bezug zu EU-Mitteln erfasst sind, ob Einflussnahmehandel, Korruption auf hoher Ebene und Korruption bei der öffentlichen Auftragsvergabe wirksam verfolgt werden, und ob die institutionelle Erfolgsbilanz von NABU, SAPO, HACC und NACP nicht nur formal, sondern auch praktisch hinreichend ist.[11]

Auch der Beitrag zur Verantwortlichkeit juristischer Personen zeigt sowohl Fortschritte als auch ungelöste Fragen. Deutschland stützt sich auf Verbandsgeldbußen nach dem OWiG, während die Ukraine im Strafgesetzbuch selbst strafrechtliche Maßnahmen gegen juristische Personen entwickelt hat. Das ukrainische Modell steht damit seiner Form nach der Terminologie der Art. 6 und 9 der PIF-Richtlinie näher. Zugleich bleibt der ukrainische Regelungsrahmen kataloggebunden. Weiterer Forschungsbedarf besteht hinsichtlich der Frage, ob sämtliche PIF-relevanten Straftaten wirksame Maßnahmen gegen juristische Personen auslösen können, ob die Sanktionen in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen stehen und ob nichtfinanzielle Maßnahmen wie der Ausschluss von öffentlichen Aufträgen, öffentlicher Finanzierung oder internationalen technischen Projekten durchgängig zur Verfügung stehen.

Das Gesamtbild ist daher von einer dynamischen Annäherung, nicht von bereits vollendeter Äquivalenz geprägt.Die Ukraine hat erhebliche Fortschritte erzielt; eine vollständige PIF-Äquivalenz kann jedoch noch nicht angenommen werden.

Verbleibende Forschungslücken betreffen Art. 222 und Art. 212 uStGB, die ausdrückliche Erfassung von EU-Mitteln, die Behandlung der Umsatzsteuer-Eigenmittel, die Verjährungsfristen nach der Reform von 2026, Versuch und Beteiligung, die Verantwortlichkeit juristischer Personen, die Einziehungspraxis sowie die tatsächliche Durchsetzungsbilanz bei Korruption auf hoher Ebene und in Fällen der öffentlichen Auftragsvergabe. Diese Lü-

[11] Zur Frage, wie „tief“ eine Umsetzung reichen sollte, siehe Isfen, Osman, „Überobligatorische Erfüllung von Umsetzungspflichten aus supra- und internationalen Übereinkommen am Beispiel der Strafgewalterstreckung auf Auslandskorruption“, KriPoZ – Kriminalpolitische Zeitschrift 2 (2019), 65–72.

cken rechtfertigen keine Reduzierung der Forschungsanstrengungen. Im Gegenteil zeigen sie, weshalb die strafrechtliche Rechtsvergleichung intensiviert werden sollte.[12]

Im Seminar wurde deutlich, dass das Jahr 2026 für die Betrugsbekämpfungsarchitektur der Europäischen Union von grundlegender Bedeutung ist. [13] Nach der früheren Evaluierung der PIF-Richtlinie durch die Kommission im Jahr 2021[14] und den ersten Jahren praktischer Tätigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft seit dem 1. Juni 2021 verlagert sich der Schwerpunkt der Union von der formalen Harmonisierung auf die tatsächliche Wirksamkeit. Die EUStA-Verordnung bildet das verfahrensrechtliche Gegenstück zur PIF-Richtlinie.[15] Sie stellt einen prozesspluralistischen Kompromiss dar: Eine europäische Strafverfolgung wird ermöglicht, bleibt jedoch in hohem Maße vom nationalen Strafrecht, dem nationalen Strafverfahrensrecht, den nationalen Gerichten und den jeweiligen nationalen Ermittlungstraditionen abhängig.[16] Darin liegen zugleich Stärke und Schwäche dieses Modells. Es wahrt die nationalen Rechtsidentitäten, macht rechtsvergleichende Kenntnisse aber unverzichtbar und ist im Jahr 2026 seinerseits Gegenstand einer Evaluierung.[17]

Für die Ukraine ist dieser Kontext entscheidend. Der EU-Beitrittsprozess, die Diskussion um die Acquis-Cluster, die Roadmap zur Rechtsstaatlichkeit, die Antikorruptions-Benchmarks und die sich entwickelnde ukrainische wissenschaftliche Debatte über eine Europäisierung oder sogar Neukodifikation des Strafgesetzbuchs weisen in dieselbe Richtung: Das materielle Strafrecht muss gemeinsam mit den Strukturen seiner Durchsetzung bewertet werden. Der Schutz des EU-Haushalts ist nicht lediglich eine technische Frage des Finanzstrafrechts. Er ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Binnenmarkt, fairen Wettbewerb, regionale Entwicklung, den Wiederaufbau und die Glaubwürdigkeit europäischer Solidarität.[18]

Die Union kann Ressourcen nur dann umverteilen, strukturschwächere Regionen unterstützen und in künftige Entwicklung investieren, wenn ihre eigenen Einnahmen und Ausgaben wirksam gegen Betrug, Korruption, Geldwäsche und Missbrauch geschützt werden. Strafrechtliche Rechtsvergleichung ist daher keine bloße Hilfsdisziplin. Sie ist vielmehr eine notwendige Methode, um gegenseitiges Vertrauen zwischen der Ukraine und der EU aufzubauen, die künftige Zusammenarbeit mit OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft vorzubereiten und sicherzustellen, dass der Beitritt von einem tatsächlichen, durchsetzbaren und institutionell glaubwürdigen Schutz der finanziellen Interessen der Union begleitet wird.

Ein großer Dank gebührt nun allen Beteiligten des Tandemseminars und den Teilnehmenden für die inspirierenden

---

12 American Chamber of Commerce in Ukraine, Policy Win: Parliament Supported the Chamber Proposal to Prevent Implementation of Additional Unreasonable Pressure on Taxpayers during VAT Refund Process, 18.11.2021, abrufbar unter: American Chamber of Commerce in Ukraine (abgerufen am 10.7.2026).

13 Buksa, Sorina Emilia/Roebling, Georg, „The New Union Anti-Fraud Programme“, eucrim – The European Criminal Law Associations' Forum 16 (2021), 175–177.

14 Van Ballegooij, Wouter, „Protecting the EU's Financial Interests through Criminal Law: The Implementation of the 'PIF Directive'“, eucrim – The European Criminal Law Associations' Forum 16 (2021), 177–181.

15 Cavigneaux, Elie, Untapped Potential at the European Public Prosecutor's Office. Expand the Mandate to Include Sanctions Enforcement, SWP Comment 2026/C 23, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2026, DOI: 10.18449/2026C23v02.

16 Herrnfeld, Hans-Holger/Brodowski, Dominik/Burchard, Christoph (Hrsg.), European Public Prosecutor's Office. Regulation (EU) 2017/1939 implementing enhanced cooperation on the establishment of the European Public Prosecutor's Office (the EPPO). Article-by-Article Commentary, 2. Aufl., Nomos, Baden-Baden 2026.

17 Deutscher Anwaltverein (DAV), Nachrichten aus Brüssel, Ausgabe 09/2026 vom 7.5.2026, „Öffentliche Konsultation zur EU Inc.; Sondierungen über den EU-Betrugsbekämpfungsrahmen; Unrechtmäßige Haft und Verurteilung im Fall Yasak; Schulung zu KI, Justiz und Rechtsstaatlichkeit“, abrufbar unter: https://anwaltverein.de/de/newsroom/nab-09-2026 (abgerufen am 5.7.2026).

18 Дослідницька служба Верховної Ради України (Forschungsdienst der Werchowna Rada der Ukraine), Інформаційна довідка щодо імплементації актів права Європейського Союзу (acquis ЄС) у Кримінальний процесуальний кодекс України [Informationsbericht zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Union (EU-acquis) in die Strafprozessordnung der Ukraine], April 2026, abrufbar unter: Research Service der Werchowna Rada – PDF (abgerufen am 10.7.2026).

Impulse und Austausch sowie die produktive Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank geht an das Organisationsteam und das Dekanat der CHNU Law School als Partnerinstitution für die Kooperation und das Blockseminar. Das gemeinsame Engagement im Tandemseminar ermöglicht nun Einblicke in zwei Rechtsysteme sowie die für den PIF-*Acquis* bedeutsame Rechtslage. Wir wünschen Ihnen nun eine interessante Lektüre des beigefügten Sammelbandes und danken Frau Professorin *Schiemann* und ihrem Team Wiss. Mit. *Franzone*, und Ass. Iur. *Horn* recht herzlich für Möglichkeit der Veröffentlichung in der JuP-Rubrik und freuen uns auf zukünftige gemeinsame Projekte.

Pierre Hauck
Jan-Martin Schneider

PREFACE

These comparative[19] law seminar papers, written by students on a joint criminal law seminar between a German and a Ukrainian university during the summer term of 2026[20] – at a time when Ukraine continues to face daily military attacks – provide an opportunity to reflect on the particular value of university teaching, which can continue even under such conditions. At the same time, they enable students to examine their own legal system through the lens of the requirements of the PIF Directive. The papers written by all participants under these circumstances provide insightful perspectives on Ukrainian legislation relating to the PIF acquis, the alignment of which is being continuously assessed within the framework of the clusters of the EU accession process.[21] The volume is therefore aimed both at readers and researchers with a general interest in this subject and at the bodies, institutions and other agencies of the European Union dealing with this pressing issue, namely the Directorate-General for Justice and Consumers, the European Parliament and the Council of the European Union:[22] Does Ukrainian criminal law on the protection of financial interests already guarantee the harmonised minimum standard (*de minimis*) required within the European Union, where the criminal-law protection of financial interests has been institutionally strengthened by the European Public Prosecutor's Office since 1 June 2021?[23]

The articles in this volume demonstrate that Ukrainian criminal law already comprises a broad and nuanced range of substantive criminal law provisions which are, in principle, capable of protecting the financial interests of the

[19] The continuing potential and need for comparative tandem research are illustrated by the fact that, notwithstanding Directive (EU) 2017/1371, the PIF acquis cannot yet be regarded as a uniformly harmonised field of criminal law across the Member States. Most recently, in November 2025, the European Commission issued a reasoned opinion to Sweden for failing correctly to transpose certain requirements of Directive (EU) 2017/1371 (EU Kommission, November infringements package: key decisions, 21.11.2025, Commission calls on SWEDEN to comply with the rules on the fight against fraud to the Union's financial interests by means of criminal law, https://malta.representation.ec.europa.eu/news/november-infringements-package-key-decisions-2025-11-21_en), noting that shortcomings remained in relation to VAT-related statements. More generally, the criminal offences protecting the Union's financial interests in the Member States continue, in part, to require further approximation where the question is whether national criminal law functionally captures the conduct covered by the PIF Directive. For a complementary substantive-criminal-law, Member-State-specific overview in the form of annotated country reviews designed to facilitate comparative legal analysis, see Hauck/Schneider (eds), The EP-PO/OLAF Compendium of National Procedures: Desktop Codes on the Procedural Law of the Member States with Annotations by National Experts, 27 vols, Berlin 2024–2026. Overviews of the national regulation of 'PIF offences' can be found in Vol. I (AT), Art. 26 para. 55; Vol. II (BE), Art. 26 paras 29 et seq.; Vol. III (BG), Art. 26 paras 39 et seq.; Vol. IV (HR), Art. 26 paras 74 et seq.; Vol. V (CY), p. 71; Hauck/Schneider/Jelínek/Ottová, Vol. VI (CZ), Berlin 2026, Annex II, paras 1–22; Vol. VII (DK), Part D, para. 35; Vol. VIII (EE), Art. 26 para. 32; Vol. IX (FI), Art. 26 para. 38; Hauck/Schneider/Christodoulou, Vol. X (FR), Berlin 2024, Art. 26 para. 46; Hauck/Schneider/Karakocaoğlu/Laird, Vol. XI (DE), Berlin 2025, Art. 26 para. 56; Vol. XII (EL), Art. 26 para. 52; Vol. XIII (HU), Part C, para. 25; Vol. XIV (IE), Part E, paras 166–194; Vol. XV (IT), Art. 26 para. 24; Vol. XVII (LT), Art. 26 para. 30; Vol. XVIII (LU), forthcoming; Vol. XIX (MT), Art. 26 paras 21 et seq.; Vol. XX (NL), Art. 26 para. 43; Vol. XXI (PL), Part E, para. 91; Vol. XXII (PT), Art. 26 para. 58; Vol. XXIII (RO), Art. 26 para. 37; Vol. XXIV (SK), Art. 26 para. 40; Vol. XXV (SI), Art. 26 para. 55; Vol. XXVII (SE), Art. 26 para. 71. See also the Member States' official notifications pursuant to Article 117 of the EPPO Regulation, EPPO, 'Documents – Article 117 Notifications' (last accessed 15 June 2026).

[20] The cooperation took place from 1 March to 26 June 2026 in the form of an online tandem seminar organised by the criminal law chairs at JLU Giessen and the Department of Criminal Law at Yuriy Fedkovych Chernivtsi National University, Ukraine. Comprising several joint sessions as well as dedicated research and writing phases, the seminar brought together Ukrainian and German students for a binational comparative-law project. Participants exchanged and discussed academic literature from both countries relevant to their respective research topics and worked together in English throughout the seminar. Further information on the seminar is available on the [website of Yuriy Fedkovych Chernivtsi National University](https://law.chnu.edu.ua/german-ukrainian-student-online-seminar-cooperation-in-criminal-law/?) and in the [JLU Giessen report on the cooperation](https://www.uni-giessen.de/de/ueber-uns/pressestelle/pm/pm110-26seminarfuerukrainischestudierende?). There is considerable interest in continuing and expanding the cooperation in the future. Following the seminar, participants expressed particular interest in comparative research on further areas of criminal law, including domestic violence and criminal-law measures for the protection of victims of violence in both countries.

[21] Council of the European Union, European Union Common Position – Cluster 1: Fundamentals, AD 18/26, CONF-UA 2/26, Brussels, 12 June 2026, p. 16.

[22] The need for further research is now also being addressed by a study commissioned by OLAF and led by Spark Legal and Policy Consulting in cooperation with CSES (Centre for Strategy & Evaluation Services). Its experts on European and Ukrainian criminal law and criminal procedure include John Vervaele, Mykhaylo Shepitko and Volodymyr Petrakovskyi; see Spark Legal and Policy Consulting, "New Study on Ukraine's Compliance with the PIF Directive and OLAF Regulation". https://www.sparklegalpolicy.eu/news/new-study-on-ukraines-compliance-with-the-pif-directive-and-olaf-regulation/.

[23] This is, in the ongoing war times, an important question, see Урядовий офіс координації європейської та євроатлантичної інтеграції (Regierungsbüro für die Koordinierung der europäischen und euro-atlantischen Integration), Звіт про виконання Угоди про асоціацію між Україною та Європейським Союзом за 2025 рік [Bericht über die Umsetzung des Assoziierungs-abkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union für das Jahr 2025], Kyjiw 2026.

European Union.[24] At the same time, a comparison with German criminal law and with Directive (EU) 2017/1371 – as consolidated and further developed by Directive (EU) 2026/1021 – makes it clear that mere formal criminalisation is not sufficient.[25]

The comparative legal analysis[26] carried out in this volume ultimately leads to a nuanced conclusion. Ukrainian criminal law does not, for example, lack offences relating to fraud, money laundering, corruption, the misuse of public funds, organised crime or corporate misconduct. On the contrary, the Ukrainian Criminal Code contains a broad and increasingly differentiated range of criminal offences which, in many respects, functionally correspond to the offences required by Directive (EU) 2017/1371 on the criminal-law protection of the Union's financial interests.

Although not examined in detail during the block seminar, the at least functional similarity was certainly discussed, as this is not to be equated with full PIF equivalence. The decisive factor is not merely whether a comparable criminal offence exists, but whether the national system as a whole fulfils the cumulative requirements of Articles 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 and 12 of the PIF Directive: sufficiently specific criminalisation, effective sanctions, the inclusion of attempts and complicity, the liability of legal persons, aggravating circumstances, confiscation, and limitation periods that enable effective criminal prosecution.[27]

The provisions on general fraud under Article 190 of the Ukrainian Criminal Code (UCC) and Section 263 of the German Criminal Code (StGB) show a significant conceptual overlap. Both legal systems protect property against self-inflicted harm resulting from deception, but employ different legal constructs to achieve this. German law is strongly focused on the sequence of events constituting the offence and requires the familiar chain of deception, error, disposal of assets and financial loss as part of the objective elements of the offence. Ukrainian law is more outcome-oriented and focuses on the acquisition of another person's property or property rights through deception or abuse of trust. For Article 3 of the PIF Directive, this is functionally sufficient as a general catch-all provision. However, the comparison also shows that the general offence of fraud alone cannot fully meet the requirements for PIF compliance. The EU's financial interests are often not affected by ordinary fraud under private law, but rather by the misuse of subsidies, irregularities in public procurement, VAT fraud schemes, fraud involving public

[24] See, on the history of financial protection and anti-fraud law, Hauck, Fraud in Europe: From Roman Law to the Implementation of the PIF Directive. Edward Elgar, Cheltenham 2025; also on tax law, Unger, Brigitte, Lucia Rossel, and Joras Ferwerda (eds), 'Introduction', in Brigitte Unger, Lucia Rossel, and Joras Ferwerda (eds), Combating Fiscal Fraud and Empowering Regulators: Bringing Tax Money Back into the Coffers (Oxford, 2021); on the interpretation of the PIF Directive to be implemented by Ukraine, see Hauck, The PIF Directive. A Commentary on the Directive on the Fight against Fraud Affecting the EU's Financial Interests by Means of Criminal Law. Edward Elgar, Cheltenham 2026, where a detailed comparative assessment of the Member States' legal situations regarding the PIF is set out in Articles 1.085–1.561; The legal framework of the PIF Directive is a prerequisite for the substantive investigations conducted by the European Public Prosecutor's Office (EPPO) and the administrative oversight carried out by the European Anti-Fraud Office (OLAF), see, for the interpretation of its investigative powers, inter alia, Hauck, The EPPO Regulation: A Commentary on the Rules on Investigations and Investigation Measures in Relation to the Fight Against Fraud (Articles 26–33). Edward Elgar, Cheltenham 2026; and on the law governing the EPPO in general, see Herrnfeld, Hans-Holger/Brodowski, Dominik/Burchard, Christoph (eds.), European Public Prosecutor's Office. Regulation (EU) 2017/1939 implementing enhanced cooperation on the establishment of the European Public Prosecutor's Office (the EPPO). Article-by-Article Commentary, 2nd ed., Nomos, Baden-Baden 2026; and on the current evaluation and proposals from academia, see Brodowski D, Trautmann S (eds) Strengthening the Future of the European Public Prosecutor's Office. Nomos, Baden-Baden.

[25] Gebura, Oleh, Verfahren ohne Ende. Wie Tausende Korruptionsfälle in der Ukraine ergebnislos bleiben, Ukraine-Analysen Nr. 322 (2025), 7–11, DOI: 10.31205/UA.322.02.

[26] For tips how to do legal comparison and assess it, see Eser, Albin, Strafrechtsvergleichung: Entwicklung – Ziele – Methoden, in: Eser, Albin/Perron, Walter (Hrsg.), Strukturvergleich strafrechtlicher Verantwortlichkeit und Sanktionierung in Europa. Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Strafrechtsvergleichung, Teil 4, Duncker & Humblot, Berlin 2015.

[27] Busch, Markus, „Negotiation and Transposition of the PIF Directive – The German Perspective", eucrim – The European Criminal Law Associations' Forum 16 (2021), 182–187; Bock, Der Schutz der finanziellen Interessen der Union – Überle-gungen zur Betrugsbekämpfungsrichtlinie 2017/1371, in: Ambos/Bock (Hrsg.), Aktuelle und grundsätzliche Fragen des Wirt-schaftsstrafrechts / Les questions actuelles et essentielles du droit pénal des affaires. 6. Deutsch-Französische Strafrechtsta-gung / 6e rencontre du droit pénal franco-allemand, Duncker & Humblot 2019, S. 155 et seq.

funds, corruption, money laundering and subsequent concealment.

This becomes particularly clear when comparing Section 264 of the German Criminal Code (StGB) with Article 222 of the German Criminal Code on Tax Matters (uStGB). The German offence of subsidy fraud bears a structural resemblance to Article 3 of the PIF Directive, as it covers the provision of false information, omissions in breach of a duty, the misuse of subsidies and benefits financed from EU funds. Ukrainian financial fraud under Article 222 of the Tax Code covers key types of conduct, in particular the submission of false information to obtain subsidies, grants, loans or tax relief. Nevertheless, gaps remain. The Ukrainian offence appears less comprehensive with regard to omissions, the subsequent misuse of funds, an explicit reference to EU funds, and the sanctions applicable in serious PIF cases. This applies even more so to Article 212 of the Ukrainian Criminal Code concerning the evasion of taxes and compulsory levies. In cases of serious VAT fraud to the detriment of the EU's own resources, a provision based primarily on fines risks falling short of the requirements of the PIF acquis, particularly if it does not provide for sufficiently severe custodial sentences, appropriate limitation periods and clear coverage of cross-border VAT systems.

By contrast, a comparison with money laundering paints a more favourable picture. Article 209 of the German Value Added Tax Act (uStGB) and Section 261 of the German Criminal Code (StGB) both criminalise the handling of assets derived from criminal offences and, in principle, may also cover proceeds from predicate offences under the PIF. German law is technically more nuanced, particularly due to the 'all-crimes' approach and specific provisions concerning professional facilitators and self-laundering. Ukrainian law, by contrast, provides for severe sanctions and mandatory legal consequences aimed at confiscation. Future research in this area is likely to focus less on the criminalisation under substantive law and more on practical enforcement: the tracing, seizure and freezing of assets, confiscation, cross-border cooperation, and the interplay between obligations under anti-money laundering legislation and criminal procedure law.[28]

Another article examines critical infrastructure as a target of attacks that can cause damage just as serious as acts of physical sabotage. However, the criminal law response to this threat remains unclear, particularly in the context of armed conflicts. The article compares how Ukraine (Art. 361 of the Criminal Code) and Germany (Sections 303a and 303b of the Criminal Code) criminalise computer sabotage against critical infrastructure. The cyberattack on Kyivstar in 2023 and the sabotage of the Deutsche Bahn rail network in 2022 serve as the starting points. The study examines the respective legal frameworks and elements of the offence, practical law enforcement, and the reforms that both states are driving forward under the influence of EU legal requirements, in particular the NIS 2 and CER Directives. The German approach is more finely differentiated in legal theory and embedded within a coherent regulatory framework. Ukrainian law, by contrast, is characterised by a clear, exhaustive definition of critical infrastructure and, in Article 361-1 of the Criminal Code (uStGB), contains a separate offence of preparation for which German law has no direct equivalent. On the basis of this comparative legal analysis, this article sets out four brief proposals for reforming Ukrainian law, drawing on German regulatory practice. At the same time, it highlights two areas in which German law could benefit from the Ukrainian approach, particularly with regard to cyber-attacks carried out in the context of armed conflicts.

[28] Frömbgen, Silvia/Langweg, Peter/Rößler, Gernot/Höche, Thorsten, 30 Jahre Geldwäschegesetz – Rück- und Ausblick, GWuR 2023, 122–125; Litkevych, Volodymyr, Das ukrainische System zur Bekämpfung der Geldwäsche: Entwicklungsgeschichte und Besonderheiten, GWuR – Geldwäsche & Recht 2025, 131–148.

Measures to tackle corruption are at the heart of the current reform agenda. Articles 368, 368-3, 368-4, 369 and 369-2 of the Criminal Code of Ukraine (uStGB) demonstrate that Ukraine has established a comprehensive criminal law framework to combat corruption in both the public and private sectors. In serious cases, the Ukrainian penalties are even more severe than those set out in Sections 331–335a of the German Criminal Code (StGB). However, the pressure for reform has increased because Directive (EU) 2026/1021 has altered the PIF standard. Passive and active bribery in the public sector are now redefined, high-ranking public officials are given greater prominence, and limitation periods and penalties are being tightened. This raises new questions for Ukraine: whether all forms of bribery – both in the course of duty and contrary to duty – relating to EU funds are covered; whether influence peddling, high-level corruption and corruption in public procurement are effectively prosecuted; and whether the institutional track record of NABU, SAPO, HACC and NACP is sufficient not only in theory but also in practice.[29]

The discussion on the liability of legal persons also reveals both progress and unresolved issues. Germany relies on administrative fines imposed on associations under the OWiG, whilst Ukraine has developed criminal law measures against legal persons within the Criminal Code itself. The Ukrainian model is thus, in form, closer to the terminology of Articles 6 and 9 of the PIF Directive. At the same time, the Ukrainian regulatory framework remains tied to a specific catalogue of offences. Further research is needed to determine whether all PIF-relevant offences can trigger effective measures against legal persons, whether the sanctions are proportionate to the economic capacity of the companies, and whether non-financial measures – such as exclusion from public procurement, public funding or international technical projects – are consistently available.

The overall picture is therefore characterised by a dynamic process of convergence, rather than by equivalence that has already been achieved. Ukraine has made significant progress; however, full PIF equivalence cannot yet be assumed.

Remaining gaps in research relate to Art. 222 and Article 212 of the German Criminal Code (uStGB), the explicit inclusion of EU funds, the treatment of VAT own resources, the limitation periods following the 2026 reform, attempt and complicity, the liability of legal persons, confiscation practices, and the actual enforcement record in cases of high-level corruption and public procurement. These gaps do not justify any reduction in research efforts. On the contrary, they demonstrate why comparative criminal law research should be intensified.[30]

It became clear during the seminar that the year 2026 is of fundamental importance for the European Union's anti-fraud architecture.[31] Following the Commission's earlier evaluation of the PIF Directive in 2021[32] and the European Public Prosecutor's Office's first few years of operational activity since 1 June 2021, the Union's focus is shifting from formal harmonisation to actual effectiveness. The EPPO Regulation forms the procedural counterpart

[29] For the question how "deep" implementation should be, see Isfen, Osman, „Überobligatorische Erfüllung von Umsetzungspflichten aus supra- und internationalen Übereinkommen am Beispiel der Strafgewalterstreckung auf Auslandskorruption", KriPoZ – Kriminalpolitische Zeitschrift 2 (2019), 65–72.

[30] American Chamber of Commerce in Ukraine, Policy Win: Parliament Supported the Chamber Proposal to Prevent Implementation of Additional Unreasonable Pressure on Taxpayers during VAT Refund Process, 18.11.2021, abrufbar unter: American Chamber of Commerce in Ukraine (last accessed 10.7.2026).

[31] Buksa, Sorina Emilia/Roebling, Georg, „The New Union Anti-Fraud Programme", eucrim – The European Criminal Law Associations' Forum 16 (2021), 175–177

[32] Van Ballegooij, Wouter, „Protecting the EU's Financial Interests through Criminal Law: The Implementation of the 'PIF Directive'", eucrim – The European Criminal Law Associations' Forum 16 (2021), 177–181.

to the PIF Directive.[33] It represents a compromise based on procedural pluralism: European criminal prosecution is made possible, yet remains highly dependent on national criminal law, national criminal procedure law, national courts and the respective national investigative traditions.[34] This is both the strength and the weakness of this model. It preserves national legal identities, but makes knowledge of comparative law indispensable, and will itself be subject to an evaluation in 2026.[35]

For Ukraine, this context is crucial. The EU accession process, the discussion on the acquis clusters, the roadmap on the rule of law, the anti-corruption benchmarks and the emerging academic debate in Ukraine on the Europeanisation or even recodification of the Criminal Code all point in the same direction: substantive criminal law must be assessed in conjunction with the structures for its enforcement.[36] The protection of the EU budget is not merely a technical matter of financial criminal law. It is an indispensable prerequisite for the single market, fair competition, regional development, reconstruction and the credibility of European solidarity.

The Union can only redistribute resources, support structurally weaker regions and invest in future development if its own revenue and expenditure are effectively protected against fraud, corruption, money laundering and misuse. Comparative criminal law is therefore not merely a supporting discipline.
Rather, it is a necessary method for building mutual trust between Ukraine and the EU, preparing for future cooperation with OLAF and the European Public Prosecutor's Office, and ensuring that accession is accompanied by genuine, enforceable and institutionally credible protection of the Union's financial interests.

Our sincere thanks go to all those involved in the tandem seminar and to the students and participants for their inspiring contributions, engaging exchanges, and productive collaboration online and offline. Special thanks are due to the organising team and the Dean's Office and *Prof. Diakur* of the CHNU Faculty of Law as our partner institution for their cooperation regarding the block seminar. The shared commitment demonstrated throughout this tandem seminar has provided valuable insights into two distinct legal systems, as well as the legal framework central to the EU-PIF *acquis* harmonization and coming EU Clusters pressed by officials.[37] We hope you find the attached edited volume an interesting and thought-provoking read. Furthermore, we would like to express our heartfelt gratitude to Professor *Schiemann* and her team Wiss. Mit. Mr. *Franzone*, und Mrs. Ass. Iur. *Horn* for generously providing the opportunity to feature our work in the JuP section for young researchers and students. We look forward to embarking on future joint projects.

Pierre Hauck
Jan-Martin Schneider

---

33 Cavigneaux, Elie, Untapped Potential at the European Public Prosecutor's Office. Expand the Mandate to Include Sanctions Enforcement, SWP Comment 2026/C 23, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2026, DOI: 10.18449/2026C23v02

34 Herrnfeld, Hans-Holger/Brodowski, Dominik/Burchard, Christoph (Hrsg.), European Public Prosecutor's Office. Regulation (EU) 2017/1939 implementing enhanced cooperation on the establishment of the European Public Prosecutor's Office ('the EPPO'). Article-by-Article Commentary, 2. Aufl., Nomos, Baden-Baden 2026.

35 Deutscher Anwaltverein (DAV), Nachrichten aus Brüssel, Ausgabe 09/2026 vom 7.5.2026, „Öffentliche Konsultation zur EU Inc.; Sondierungen über den EU-Betrugsbekämpfungsrahmen; Unrechtmäßige Haft und Verurteilung im Fall Yasak; Schulung zu KI, Justiz und Rechtsstaatlichkeit", abrufbar unter: https://anwaltverein.de/de/newsroom/nab-09-2026 (abgerufen am 5.7.2026).

36 Дослідницька служба Верховної Ради України (Forschungsdienst der Werchowna Rada der Ukraine), Інформаційна довідка щодо імплементації актів права Європейського Союзу (acquis ЄС) у Кримінальний процесуальний кодекс України [Informationsbericht zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Union (EU-acquis) in die Strafprozessordnung der Ukraine], April 2026, abrufbar unter: Research Service der Werchowna Rada – PDF (abgerufen am 10.7.2026).

37 Regarding the institutional framework, the political negotiation of the EU accession clusters is led by the Chief Negotiator and Head of the Ukrainian Mission to the EU, *Taras Kachka* (formerly Vsevolod Chentsov), alongside the EU Commissioner for Enlargement, *Marta Kos*, while practical economic cluster cooperation is driven by the Ukrainian Cluster Alliance (UCA) and the European Cluster Collaboration Platform (ECCP). Research is pressured by Werchovna Rada, Scientific Community, Ukraine universities and OLAF (EU) programs as well as Independent researchers around the world.